

Der Arbeiter

30 Pfennige

Achter Jahrgang — Nummer 16

Montag, den 19. April 1926

Nichtkönnen verpflichtet.

Das Kabinett Luther-Stresemann lebt von der Schwäche der Andern, es hält sich nicht aus eigener Stärke; es besteht oder kehrt wieder, weil das Parlament in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung nicht in der Lage zu sein scheint, eine andere Regierung zu bilden als die der Mitte, die eine Regierung der Minderheit ist. Die politischen Verhältnisse selbst bleiben wie sie sind, verworren und hoffnungslos lassen sie eine Verschiebung der parlamentarischen Kräfte durch eine Verschiebung des Volkswillens oder durch seine Klärung nicht zu.

Die Regierung also, die parlamentarisch schwach ist, ist durch die Schwäche des Parlaments außerordentlich stark; in einer Weise stark, daß dadurch ihre moralisch-geschichtliche Verantwortung ins Ungemessene wächst. Aber sie magt nicht einmal zu solcher Verantwortung sich zu bekennen, geschweige denn, daß sie einen Versuch macht, aus solcher Verantwortung zu handeln. Die Verantwortung ihres schwächlichen Handelns aber schiebt sie auf das Parlament ab.

Diese verantwortungslose Regierung ist die typische Regierung eines zur Verantwortung unfähigen Parlaments. Dies Parlament würde, auch wenn es zu einfacher Mehrheitsbildung imstande wäre, eine Regierung nicht herausstellen können, die, auf ihre Mehrheit gestützt, Verantwortungswilligen entwickeln würde. Das ist eine Generationsfrage und insofern zunächst hoffnungslos; sehen wir uns doch die regierenden Parlamentarier an! Sie würden als Minister ebenso geschickte Debattier, Taktiker, Verwaltungsbeamte und vielleicht auch Diplomaten abgeben, wie die sind, welche sich jetzt nicht vom Ministerstuhl trennen können. Aber zu verantwortlicher Staatsführung brächten sie nicht mehr mit als die, welche am Ruder sind. Wie gesagt: die Unmöglichkeit, aus den Fraktionen Staatsmänner zu delegieren, ist eine Generationsfrage. Aber sie ist auch eine Frage der politischen Organisation, sie ist zum mindesten brüdes, und soweit sie Organisationsfrage ist, steht sie bereits zur Debatte.

Man spricht also von Verfassungsreform. Man wird noch ein Jahr lang über Verfassungsreform sprechen, man wird den guten Willen und die noch besseren Gedanken, die da sind, verbrauchen und zerreiben, nur mit dem Effekt, daß die weimarer Konstitution von einigen Schönheitsfehlern gereinigt wird. Es ist ganz hoffnungslos, daß das Parlament, daß die in ihm herrschenden Parteien zu einer Reform sich aufrufen werden, durch die das Parlament gerade der Kompetenzen beraubt würde, von deren Mißbrauch die Parteien leben. „Das Parlament — sagt A. Heinrichsbauer — wird sich freiwillig niemals der Erkenntnis beugen, daß auch Nichtkönnen verpflichtet, insofern, als der Nichtkänner von Dingen, von denen er nichts versteht, sich fernhalten muß.“ Wenn aber Heinrichsbauer daraus die Schlussfolgerung zieht, es bleibe nichts anderes übrig als „daß man dem Parlament die Möglichkeit nimmt, sich an Objekten zu vergreifen, die seinen Eingriff gar nicht wollen und ihn mit Recht für verderblich halten“ — er trifft mit dieser Kritik die marxistische Wirtschaft- und Sozialpolitik der großen Linken —, dann darf man nach den Erfahrungen eines Katastrophenjahres wohl die Frage stellen, ob, wann und wie die Wirtschaft, deren Denkschriften bis jetzt zu den Alten gelegt wurden, sich zum Machteinfluß gegen das Parlament aufrufen wird. Wir bezweifeln, daß das geschieht. Wir zweifeln aber nicht, daß die Wirtschaft sich verschulden und verkaufen wird, lediglich bereits im Dienste von Zinsen und Steuern, die in ihrer Höhe die schneidenden Kampfmittel des Marxismus sind.

Im Grunde ist die Hoffnung der Wirtschaftskreise doch auch wieder auf die Regierung gesetzt, in deren Mitgliedern man die Exponenten jener Parteien zu sehen glaubt, auf die sich die Wirtschaft bisher verlassen hat und die sie darum auch finanziert hat. Wie unberechtigt der Verlaß war und wie übel angelegt ihr Geld, das ist der Wirtschaft noch nicht zum Bewußtsein gekommen. Man glaubt vielmehr, daß die Parteien die Regierung unterstützen würden, wenn diese durch Aenderung des Artikels 54 der Verfassung über das Mißtrauensvotum des Parlaments, welches die Minister zum Rücktritt verpflichtet, sich insofern freie Hand und Dauer ihres Wirkens garantieren läßt, als zu einem Mißtrauensvotum eine Zweidrittelmehrheit notwendig werden soll. Oder man rechnet damit, daß die Regierung die stillschweigende Unterstützung der Parteien findet, wenn sie

Aus dem Inhalt:

Nichtkönnen verpflichtet

In der Schaukel

Von Dr. Walther Schotte

Die „aktive“ Handelsbilanz

Von Georg Schröder

Internationale Von Karl Bleibtreu

Kritik der Presse

sich für die nächste Zukunft der besonderen Vollmachten aus Artikel 48 der Verfassung bemächtigt. Man vergißt also, daß jede parlamentarische Regierung des Parteiwesens von heute, und erst recht die Regierung Luther-Stresemann, die in sich uneins ist, zu solcher Bewährung ihres Verantwortungswillens nicht imstande ist. Sie, die nicht einmal aus der Handlungsfreiheit, welche durch die Schwäche des Parlaments gegeben ist, Verantwortung zu entwickeln vermocht hat.

Anderc vertrauen gegenüber Parlament und seiner Regierung auf Person und Institution des Reichspräsidenten. Aus solchem Vertrauen macht Dr. Mendenerbauer den taktisch klugen Vorschlag, die Probleme der Verfassungsänderung auf das alte Prinzip der Teilung der Gewalten zu reduzieren, um dadurch „Sicherungen in den Gang der Staatsmaschine“ einzubauen, die sich heute unter dem Druck der sozialen Lasten und der Reparationsleistungen gefährlich heiß gelaufen hat. Aber auch hier fürchten wir, daß nicht nur das Parlament, sondern auch die Regierung, und gerade die Regierung Luther, selbst dieser elementarsten Form sich versagen werden, weil eben der Reichspräsident durch sie in gewisser Hinsicht unabhängig werden würde von dem Machtwillen des Parlamentes, der immer nur defizitativ oder doch verheerend sich auswirkt. Es wäre doch denkbar, daß ein so im seinen Kompetenzen gestärkter Reichspräsident eines Tages einen Mann an die Spitze der Regierung ruft, der wirklich sein Vertrauen hat, und der, gestützt auf solches Vertrauen, das Parlament behandelt, wie es in seiner tatsächlichen Schwäche behandelt zu werden verdient.

Diesen Möglichkeiten aber werden Parlament und Regierung von heute so lange entgegenwirken, als sie in ihrem unverantwortlichen Optimismus glauben, mit der außenpolitischen, der weltwirtschaftlichen, der deutschwirtschaftlichen und der sozialen Krise fertig zu werden. Ihr zuversichtlich zur Schau getragener Optimismus berief sich in den letzten Wochen auf Stillstand oder gar Sinken der Arbeitslosigkeit, auf Börsenhäufte und Dividendenhöhe bei Banken und einigen Exportindustrien. Ob sich nicht die „Verantwortlichen“ selbst betrogen haben? Können sie wirklich von Ueberwindung der Krise sprechen, wenn man ihnen nachweist, daß die Börsenhäufte auf Auslandskäufen beruhte, deren Unterbrechung sofort schlimmste Rückschläge auslöst, und daß die Abnahme der Arbeitslosigkeit um 3 vH. sehr wenig ist, wenn man die Wiederbelebung des landwirtschaftlichen Arbeitsmarktes im Frühjahr in Rechnung stellt.

Es wird gehen, wie es immer in Deutschland gegangen ist, so 1918, so 1923; die Parallelen sind mit Händen zu greifen; bis in die Katastrophe hinein! Fragt sich nur, wer dann die neue Katastrophe auffängt. Ein Bourgeois gentilhomme wie Friz Ebert steht nicht wieder parat; wohl aber Herr Schaack, der schon jetzt im Auftrage seines internationalen Verwaltungsrates eine Abjage für den Dreihundert-Millionen-Arbeit gegeben hat, womit die Regierung die Ausfallgarantie für das russische Exportgeschäft leisten wollte.

In der Schaukel.

Von
Walther Schotte.

1926 scheint ein außenpolitisches Krisenjahr kat' excohen werden zu sollen. Die genfer Tagung war ein Luftst. Inzwischen sind die Probleme von Genf, wenn nicht vergessen, so doch fast schon zu den Alten gelegt; niemand interessiert sich mehr für die Studentkommission über die Umbildung des Völkerbundesrates. Das „Foreign Office“ besteht darauf, daß nur kleine Leute nach Genf gehen; bei uns erwägt man, ob Herr von Bülow, der Völkerbundesreferent, oder der Leiter der juristischen Abteilung, Herr Gaus, delegiert werden sollen. Wir halten dem Desinteressement der Andern gegenüber beide noch für „zu groß“, für so groß wenigstens, daß Gefahr besteht, es könnte durch das konstruktive Vermögen dieser beiden Herren das Desinteressement der Westmächte sich wieder in ein Interesse verwandeln.

Wohl möglich, daß ein solcher „Erfolg“ unserer Delegierten manchen unserer Verantwortlichen von dem Adruff befreien könnte, den die Ungewißheit der krieglichsten Weltlage bereitet. Von einem der wenigen außenpolitisch interessierten Parlamentarier, die dieser Regierung nahe stehen, hören wir nur Wehklagen über die Enttäuschung, welche die Partner von Locarno unserm aufrichtigen Friedenswillen gebracht hätten. Man vermerkt die Reue Boncourts nach Polen, die neuen französisch-rumänisch-polnischen Verhandlungen, deren Spitze gegen Deutschland geführt wird, die Verlangsamung in den Verhandlungen, die der „Rückwirkung“ von Locarno für das Los der besetzten Gebiete gewidmet sind. Aber auch aus London wehe kühlerer Luft nach Berlin. Und überall in der Welt sei eine so geheimnisvolle, so außerordentliche politische Geschäftigkeit, über die wir uns gar kein Bild machen können. Ist es da nicht an der Zeit, fragt unser Gewährsmann, wenn nicht nach „Sicherungen“ für Deutschland, so doch nach Möglichkeiten sich umzusehen, durch die wir wieder „interessant“ werden könnten? Wenn England und Frankreich treulos genug, Locarno ignorieren zu können meinen, sollte man sie nicht „schreden“ dadurch, daß man ihnen zeigt: wir könnten auch anders! Wir könnten uns auch mit den Sowjets verständigen, die doch der eigentliche Feind der Britischen, und letzten Endes auch der französischen Weltmacht sind.

Von solchem Dilettantismus später noch ein Wort. Versuchen wir zunächst, uns klar zu werden darüber, was in der Welt vorgeht, und inwiefern diese Vorgänge zum mindesten das Bild einer schweren außenpolitischen Weltkrise ergeben.

Seinerzeit hat der amerikanische Botschafter in London Houghton durch seine kritischen Berichte über das Debakel von Genf Sensation gemacht. Berichte, die sehr unfromdlich waren für die Politik der Weltmächte, und deren Völkerbundsrepublik schwer geschädigt haben. Inzwischen hat Präsident Coolidge eine außenpolitische Rede gehalten, von der versichert wird, daß sie darauf berechnet war, die alte Harding'sche Idee wieder zu beleben, die Idee des Zusammenstufes kontinentaler Einheiten zu Kontinenten. Er hat gesagt: „Es besteht kein Zweifel — sagt der „Whelan-Caten-Dienst“ —, daß die Regierung damit bejahtigt ist, eine neue und umfassende Außenpolitik in Hinsicht auf den Völkerbund zu formulieren. . . Die Basis dieser neuen amerikanischen Politik wird, wie wir hören, in einer vollständigen Trennung Amerikas von den politischen Angelegenheiten Europas bestehen. . . Ein anderer Punkt der neuen Politik wird die Garantie der Theorie sein, daß in der amerikanischen Politik für Vigen oder politische Bündnisse oder formelle Organisationen dieser Art kein Platz ist.“ Eine Wendung, die vollkommen dunkel ist, die man aber sinngemäß wohl nur so interpretieren kann, daß für die amerikanische Politik der genfer Völkerbund nicht mehr existiert. Weiter, daß die amerikanische Politik Sonderbündnisse, beispielsweise von England und Italien oder auch Deutschland und Rußland, ignorieren wird, um nur noch mit Kontinenten, die sich politisch verständig haben, zu arbeiten. In dieser gewaltsamen und großwahnsinnigen Politik, welche die Mächte der verschiedenen Kontinente zur Feständigung in sich zwingen will, wird die Ueberführung der Wilson'schen Völkerbunds-idee auf das kontinentale Eigenprogramm Harding's gesehen. Es ist gleichgültig, ob diese Politik in sich ausfallsvoll ist oder nicht, gleichgültig für die Beurteilung, was ein solches Programm im Augenblick für den alten Völkerbund und die Völkerbundsrepublik der europäischen Westmächte bedeutet. Eine Abjage! Die eigentlich noch schärfer ist als der grobe Brief, den Tschitcherin nach Genf wegen der Abrüstungskonferenz gerichtet hat. Beide Abjagen zusammen haben den Völkerbund und die Völkerbundsrepublik der Westmächte erschlagen, und es ist zweifel-